

Bern

Kandidat Moser will die Wähler auszahlen

Die Ständeräte Werner Luginbühl und Hans Stöckli begnügen sich mit Blick auf den 15. November mit einem äusserst minimalistischen Wahlkampf. Damit bleibt aber die ganze Aufregung über den zweiten Wahlgang - und über Kandidat Bruno Moser - das einzige Thema.

Marc Lettau

Die gegenwärtige Phase «Wahlkampf» zu nennen, wirkt etwas unpassend: Zwar werden am 15. November im Kanton Bern zwei Ständeräte gewählt, aber als Kampf kommt diese politische Ausmarchung nicht rüber. Die Wahlunterlagen, die dieser Tage in die Briefkästen flatterten, sind sehr nüchterner Natur: Abgesehen vom Wahlausweis, einer Namensliste und dem amtlichen Wahlzettel findet sich im Couvert des Kantons nichts. Es ist frei von jeglichem Werbematerial der drei Kandidaten Hans Stöckli (SP), Werner Luginbühl (BDP) und des nach eigenem Bekunden «parteilosen» Bruno Moser. Der werbematerialfreie Versand ist allerdings kein Beweis für die besondere Zurückhaltung des Trios. Es ist vielmehr die bernische Staatskanzlei, die den Kandidaten gar keine Möglichkeit offeriert, mit ausseramtlichem Material für sich zu werben. Das Kantonale Gesetz über die politischen Rechte sagt es fadengerade: «Bei einem zweiten Wahlgang findet kein Versand von Werbematerial statt.» Allerdings vertrauen die beiden Bisherigen Werner Luginbühl und Hans Stöckli auch sonst auf einen minimalistischen Wahlkampf. Luginbühl will «in den nächsten Tagen noch ein Inserat schalten» und freut sich ansonsten über das überparteiliche Komitee, das zur Wahl der beiden Bisherigen aufrufen will. Er nehme diesen Aufruf «mit Befriedigung und billigend zur Kenntnis», sagt seinerseits Stöckli. Selber wird Hans Stöckli nichts mehr unternehmen. Damit nähern sich die beiden



Hans Stöckli.

Etablierten immerhin budgetmässig dem Kandidaten Bruno Moser an, der erneut mit einem Nullfrankenbudget agiert: «So wie auch schon im ersten Wahlgang.» Im Fokus steht Moser vor dem zweiten Wahlgang trotzdem. Allerdings nicht seiner Wahlchancen wegen, sondern weil er seine Kandidatur aufrechterhielt und so den zweiten Wahlgang überhaupt provozierte.

Werner Luginbühl.



Werner Luginbühl.

Im Mittelpunkt «das A... aus Biel» Quer durchs politische Establishment wird Moser vorgeworfen, als aussichtsloser Kandidat erzwingen er einen sinnlosen, 500'000 Franken teuren Urnengang. Moser sagt, er mache derzeit neue Erfahrungen als «Empfänger fantastischer Schimpfwörter». Er erhalte aber

Im Mittelpunkt «das A... aus Biel»

Quer durchs politische Establishment wird Moser vorgeworfen, als aussichtsloser Kandidat erzwingen er einen sinnlosen, 500'000 Franken teuren Urnengang. Moser sagt, er mache derzeit neue Erfahrungen als «Empfänger fantastischer Schimpfwörter». Er erhalte aber

auch «sensationelle Unterstützungsbelegungen». Obwohl er sich an die gültigen Spielregeln halte, werde er aber oft reduziert «auf das A... aus Biel, das Mehrkosten verursacht». Er bleibe aber bei der Meinung, dass rund 62 Rappen pro Stimmberechtigten kein extravaganter Preis seien, zumal so «allen Bernerinnen eine echte Wahl geboten wird». Nur Diktatur sei billiger.

Obwohl er sich an die Spielregeln halte, wolle er jetzt versuchen, die in den Mittelpunkt der Diskussion gerückte Summe aufzubringen und «kreativ» zurückzuerstatten. Noch viel lieber würde er sich einer inhaltlichen Debatte mit den Mitbewerbern stellen. Dies dürfte ihm - erneut - versagt bleiben.

Kurioses Rückzahlungskonzept

Die Kosten zurückerstatten: Wie soll dies gehen? Moser sagt, er setze auf Crowdfunding, um die 62 Rappen pro Stimmberechtigten zusammenzubringen - und dann auszuzahlen: «Natürlich nicht dem Staat, sondern direkt den Stimmberechtigten, etwa an einem Fest auf dem Bundesplatz.» Wer wolle, werde dort seine 62 Rappen abholen können. Die nicht abgeholte Summe werde ins Fest investiert. Obs gelingt, steht definitiv in den Sternen. Gelingt es aber, müsse sich wohl auch der Staat überlegen, sich via Crowdfunding zu finanzieren statt Steuern einzuziehen, frotzelt Moser.

Ob Moser fürs Elektorat damit fassbarer wird, ist fraglich. Leicht macht er es ihm mit seinen wenig konformen Ansichten ohnehin nicht. Moser tritt insbesondere für eine Bodenwertsteuer und eine daraus finanzierte Bürgerdividende ein. Und er wagt einen komplizierten Balanceakt: Einerseits fühlt er sich im Umfeld der sogenannten Freeman-Bewegung aufgehoben, die den Staat in seiner heute bekannten Form grundsätzlich negiert. Moser selbst hat der Eidgenossenschaft 2008 mitgeteilt, er löse seinen «Vertrag» mit ihr auf, verabschiede sich also als Staatsbürger. Andererseits sucht er seine Rolle justament in den politischen Strukturen des Staatsgebildes, «aber nur, um ein viel gesünderes Verhältnis zwischen Mensch und «Staat» einzuführen».

Der Querkopf kann rechnen

Und was, wenns nicht gelingen sollte? Moser: «Wenn die zwei anderen gewählt werden, läuft das System halt noch eine Weile weiter wie bisher. Aber die Zeit spielt für mich.» Viele seien im Begriff aufzuwachen, also «sich von den Fesseln des Staates zu befreien». Wie gross die Zahl der «Aufwachenden» ist, kann Moser nicht abschätzen. In welchen Dimensionen er rechnet, zeigte Moser aber im «Bund»-Interview vom 22. Oktober: «Wenn all die unzufriedenen Nichtwähler und Politikverdrossenen checken, dass ich eine Alternative biete, müssten es zunächst etwa 350'000 Stimmen sein. Plus meine 4114 Stimmen aus dem ersten Wahlgang.» Die Quersumme seines «sehr symmetrischen» Ergebnisses sei übrigens exakt 10: «Schreiben Sie das, damit klar wird, dass der Querkopf durchaus Quersummen errechnen kann.»



Vor dem zweiten Wahlgang redet Bern vor allem darüber, wozu es überhaupt zweite Wahlgänge braucht. Archivbild: Manu Friederich

Umstrittener zweiter Wahlgang – umstrittene Reformvorschläge

Irrelevante Urnengänge sind Teil des Schweizer Alltags

Wer die Spielregeln für zweite Wahlgänge ändern wolle, müsse laut Politologe Daniel Bochsler zuerst gut überlegen, wozu diese gut seien.

Marc Lettau

Nötig sei die Berner Stichwahl vom 15. November nicht, sagt der Politologe Daniel Bochsler. Aber es sei auch völlig übertrieben, diesen zweiten Wahlgang zu einer Störung des demokratischen Betriebs hochzustilisieren. Gerade das Argument, ein Urnengang mit voraussehbarem Ausgang sei sinnlos oder verletze gar das Verhältnismässigkeitsprinzip, stuft er als «überraschend» ein.

Vertraut mit dem Irrelevanten

Wahlen und Abstimmungen seien wichtige Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie, selbst dann, wenn ihr Ausgang im Vorhinein klar sei: «Wir stimmen immer wieder über Vorlagen ab, die nicht wirklich relevant sind. Und es gibt immer wieder Wahlen, bei denen der obsiegende Kandidat von Beginn weg feststeht.» Dazu kämen all die Vorlagen, die nicht umgesetzt werden können: «Da klagt auch niemand, der Urnengang sei unverhältnismässig gewesen.» Man dürfe also auch im aktuellen Fall ganz entspannt sagen: «In der Schweiz werden die Bürger immer wie-

der für völlig irrelevante oder im Vorhinein klare Entscheide an die Urnen gerufen.» In anderen Ländern komme das sehr viel seltener vor.

Die richtigen Fragen stellen

Wichtig sei nun nicht die Frage, ob Bruno Mosers Ständeratskandidatur - «eine absolute Ausnahmesituation» - in Ordnung sei: «Für die Zukunft ist es viel entscheidender, sich zu überlegen, wozu zweite Wahlgänge gut sind und wie dafür gesorgt werden kann, dass alle relevanten Kandidatinnen und Kandidaten daran teilnehmen können.» Bochsler erachtet zweite Wahlgänge als grundsätzlich sehr wichtig. Deren besondere Dynamik sei bestens bekannt: Die im ersten Wahlgang polarisierenden Kandidaten legten in zweiten Wahlgängen kaum je Stimmen zu, denn die Wählerinnen und Wähler wendeten sich in zweiten Wahlgängen tendenziell immer der Mitte zu. Wer sich fürs Mehrheitswahlrecht entscheide, befürworte damit genau diesen Effekt - also die Stärkung der moderaten Kräfte.

Das Paradebeispiel für die besondere Dynamik zweiter Wahlgänge sei die Zürcher Ständeratswahl von 2007. Damals erzielte Ueli Maurer (SVP) im ersten Wahlgang ein gutes Ergebnis. Weil sich aber seine Gegnerinnen und Gegner auf die als moderat geltende Verena Diener (GLP) einigten, schlug sie schliesslich Maurer im zweiten Wahlgang - trotz ihres sehr mässigen Abschneidens im ersten Wahlgang. «Ganz sicher falsch» sei

der Vorschlag der Berner BDP, einfach eine 10-Prozent-Hürde einzubauen, sagt Bochsler. Wolle man sicherstellen, dass wirklich relevante Kandidatinnen und Kandidaten am zweiten Wahlgang teilnahmen, sei es viel wichtiger zu regeln, wie Parteien ihre Kandidierenden für den zweiten Wahlgang auszuwählen könnten. Erhielten die Parteien das Recht, im ersten Wahlgang schwach abschneidende Leute für den zweiten Wahlgang auszuwählen, dann erlaube dies den Parteien, die Ablösung ihrer «nicht übermässig fähigen Regierungsvertreter» zu regeln.

Gute Ausgangslage für Satiriker

Welches Stimmverhalten prognostiziert Bochsler im aktuellen Fall? Einigen Moser-Wählern dürfte die Notwendigkeit eines zweiten Wahlgangs nicht einleuchten, sagt er: «Sie werden nicht mehr wählen gehen.» Aber das werde wohl durch Sympathiestimmen aufgewogen, «weil es etliche Wählerinnen und Wähler nicht legitim finden dürften, wie die anderen Kandidaten und die Staatskanzlei diesen zweiten Wahlgang verhindern wollten». In ganz klar scheinenden Wahlgängen steige schliesslich die Bereitschaft, auf gar nicht wählbare Namen zu setzen oder den absolut chancenlos Scheinenden die Stimme zu geben. In Kanada beispielsweise habe der satirische Parti Rhinocéros jeweils gerade in den völlig unbestrittenen Wahlkreisen verblüffend gut abgeschnitten.

Anzeige

FOTO PRO

Aktuell

FOTO PRO dany

Canon Aktionstage

Freitag und Samstag, 6./7. November 2015

bei FotoPro dany am Waisenhausplatz 14 in Bern



10%
Rabatt
auf Canon Objektiv!

nur gültig am Eventtag – gültig auf reduzierte FotoPro Preise

Ihre Handybilder in Topqualität ausdrucken und sofort mitnehmen

Waisenhausplatz 14
3011 Bern

Tel. 031 311 44 14
Fax 031 311 61 72
dany@fotopro.ch

LEICA Boutique

Eigenes Fotolabor
Bilder innert 1 Stunde

Eigenes Studio
Pass- und Portraitbilder

Onlineshop
www.fotopro.ch

Fotoschule
www.fotopro.ch/kurse

Bei uns kaufen
Sie besser!

03.11.2015